

Stadtratssitzung am 24. Januar 2023

Hier: Rede zur Vorlage DS-Nr. 113/2022 – Haushaltsplan 2023 der Stadt Gera

Sehr geehrte Damen und Herren Stadtratsmitglieder,

der Bürgermeister vertritt heute den OB, der im Krankenstand ist und dem ich von dieser Stelle gute Genesung wünsche - allerdings wird seine nachvollziehbare Abwesenheit heute nicht die Kritik an seiner Arbeit ausgespart werden.

Es geht heute um den HH-Plan 2023, das neue Pflichtenheft für den OB - die in Zahlen gegossene kommunalpolitische Willensbekundung - der wichtigste, weil finanziell schwerwiegendste, Beschluss des Stadtrates in diesem Jahr.

Was lesen wir darin:

Die Situation in Gera ist nicht so, wie sie sein könnte und sein sollte. Die Lage hat sich erneut zugespitzt, an vielen Stellen sehen wir den unter OB Julian Vonarb organisierten Stillstand.

Im HH-Plan gibt es keinen Hinweis auf: Freibad, Infraprojekt, Geras neue Mitte, Radwegekonzeption, FNP, Gewerbeflächenentwicklungskonzept.

Da muss sich endlich etwas ändern, damit es schnellsten besser wird.

Das betrifft auch das Haushaltsverfahren für die Zukunft - ich komme darauf noch zurück.

Liebe Geraerinnen und Geraer,

der Haushaltsplan für 2023 musste kurz vor Beschlussfassung nachgearbeitet werden, weil die Spekulationen auf eine noch größere Zuweisung des Landes an die Kommunen im Rahmen des Landeshaushaltes nicht aufgegangen sind. Dies führt zu zahlreichen Verschiebungen dringend notwendiger Investitionen was mit Sicherheit kein Beitrag für die Zukunftssicherung unserer Stadt. Statt schon im September wie vom Hauptausschuss gefordert einen unausgeglichenen Haushaltsplan mit dem Fehlbetrag von 7 Mio. dem Stadtrat zur Beratung zu übergeben. Statt dessen hat Julian Vonarb als Oberbürgermeister auf Zeit gespielt. Genauso, wie schon im Sommer, als er 2 Monate während der krankheitsbedingten Abwesenheit des Bürgermeisters, die Arbeit am HH 23 einfach ruhen ließ, nichts vorangetrieben hat, damit der ehrenamtliche Stadtrat rechtzeitig die Debatte aufnehmen konnte.

Genauso wurden Stadtratsbeschlüsse z.B. zu einem Personalentwicklungs-Konzept sowie zu einem Verwaltungsstandorte-Konzept ausgesessen die der Stadtrat bei der Beschlussfassung zum letzten HH für 2022 eingefordert hat.

Es wurde nichtmal ein Zwischenergebnis vorgelegt. Oberbürgermeister Julian Vonarb, der sich selber gern als Macher sieht, macht nichts bei einer Vielzahl wichtiger Themen.

Ganz im Gegenteil:

Die Ankündigungen von Chefsachen lassen inzwischen den Stadtrat sofort unruhig werden, muss es doch aus der Erfahrung der letzten Jahre als Ansage verstanden werden, dass dort nichts mehr passiert, so wie es z.B. bei Nahverkehrsplan war, wo nur auf Druck der Fraktionen endlich ein Ergebnis produziert wurde. Folgerichtig legt er jetzt sein Aufsichtsrats-Mandat in der GVB nieder.

2022 wurde wie im Jahr zuvor die im Haushalt festgelegte Grenze für die Personalkosten in ihrer Gesamtsumme deutlich gerissen. Das war absehbar. Deshalb haben sich der Stadtrat beziehungsweise seine Ausschüsse mehrfach mit diesem Problem beschäftigt und den Oberbürgermeister aufgefordert, Ursachen zu erläutern, Einzelprobleme darzustellen und Schlussfolgerungen beziehungsweise Gegenmaßnahmen einzuleiten. Bis heute sind dazu durch den OB keine verwertbaren Aussagen bekannt.

Auch die Dienstaufsichtsbehörde des Landes interessiert sich inzwischen für dieses schwerwiegende Problem, das uns in der Stadt daran hindert, zwingend notwendige Investitionen zu bearbeiten. Sie schrieb am 28.12.2022 an den Oberbürgermeister: (Zitat).

„Wir bitten daher um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Welche Maßnahmen hat die Stadtverwaltung ergriffen, um die Personalkostenobergrenze einzuhalten?

2. Welche Kompensationsmaßnahmen zum Ausgleich der mehr Aufwendungen /– Auszahlungen wurden durch die Stadt Gera umgesetzt, um die Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden?

3. War bei Beschluss über die Haushaltssatzung für das Jahr 2022 nebst Haushaltsplan und Stellenplan bereits absehbar, dass die Personalkostenobergrenze nicht eingehalten werden kann? Hierbei ist detailliert auf jede einzelne Stelle, die zu zusätzlichen Ausführungen geführt hat, einzugehen.“

Bis zum 23. Januar gab es auf die Fragen durch das zuständige Dezernat des Oberbürgermeisters keine Antworten. Stattdessen treiben wir als Stadt in der Öffentlichkeitsarbeit des Oberbürgermeisters auf einer Woge der Erfolgsmeldungen dahin.

Wir werden uns im laufenden Jahr dezidiert diese Themen weiter annehmen - als nächstes kann ich hier schon ankündigen, werden wir alle Miet- und Pachtverträge der Stadt für Verwaltungsstandorte abfragen, wann diese mit welcher Frist und für welche Funktionen/Leistungen der Stadt angemietet wurden und wie sich das mit den eigentlichen Raumkapazitäten der städtischen Gebäude verhält, um herauszufinden, was das alles in Summe kostet, ob bis heute dafür irgendeine Strategie entwickelt wurde. Zur Erinnerung: Diese Fragen wurden schon 2019 vom Oberbürgermeister in einer Projektarbeitsgruppe zur Zukunft der Geschäftsbeziehungen der Infraprojekt zum Thema gemacht - Ergebnis unbekannt, Veränderungen keine.

Auch wurden durch den Oberbürgermeister in den vergangenen Jahren systematisch die Mitspracherechte des Stadtrats bei der Verwendung zusätzliche Landesmittel - z.B. für dringend notwendige Investitionen- ausgebremst.

Zur Erinnerung: Durch das Land Thüringen wurden der Stadt bereits Anfang 2022 5 Millionen und Mitte des Jahres nochmals über 2 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden. Einer Diskussion mit dem Stadtrat über die Verwendung der Mittel hat sich der OB entzogen. Diese vergebenen Chancen für Gera kommen nicht zurück!

Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Bürgermeister Dannenberg Anfang 2023 hat sich die Transparenz und die Qualität der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat spürbar erhöht. Wichtige Gelingensbedingungen für die größte und wichtigste Investition in Geras Zukunft - die substantielle Aufstockung der Anteile an der Energieversorgung Gera (die mit der Insolvenz der Stadtwerke AG verloren gingen) - konnten nicht zuletzt Dank unseres Engagements schon vorbereitet werden und werden nun im Haushaltsbegleitbeschluss auch inhaltlich fixiert:

Der Stadtrat bekennt sich zum Ankauf von Gewinnanteilen an der Energieversorgung Gera gGmbH in Höhe von 9,8 Prozent (vertraglich fixiertes Optionsrecht bis zum 31. Dezember 2023) unter den Maßgaben, dass die Rentierlichkeit und Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist, der Erwerb seitens der Stadt in einem gegebenenfalls erforderlichen Nachtragshaushalt finanzierbar dargestellt werden kann und das Thüringer Landesverwaltungsamt als Rechtsaufsichtsbehörde keine anderen Einwände vorbringt.

Dafür und für weitere unaufschiebbare Investitionen - Bildungscampus Lusan, Ersatzneubau der Brücke am Gleisdreieck) braucht es einen beschlossenen Haushalt für dieses Jahr.

Auch weitere, durch DIE LINKE initiierte wichtige Projekte sind mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf verbunden: Spieloval im Hofwiesenerpark und eine Aufstockung der Mittel für Spielplätze.

Die Investitionen im Tierpark und der Radweg entlang der neuen Hochwasserschutzmauer in Debschwitz, den die Verwaltung um jeden Preis verhindern wollte und die klare Zusage, dass für die Aufstellung des Haushaltes 2024 die begonnenen Dialogform für das gesamte Jahr Bestand hat.

Es muss dringend im Jahr 2023 eine Überarbeitung der Ziele der im Haushalt dargestellten Produkte vorgenommen werden. Das, was zur Zeit vorliegt, ist aus der Zeit gefallen und nichtssagend.

Vor diesem Hintergrund unterstützt DIE LINKE den Haushaltsbeschluss.